

Gestorben

Ian St John (82)



Liverpool - Der FC Liverpool trauert um Vereinslegende Ian St John. Der frühere schottische Fußballprofi, der über 400 Spiele für die Reds absolviert hatte, starb am Montag im Alter von 82 Jahren. Das gab Liverpool am Dienstag bekannt und zitierte St Johns Familie: „Schweren Herzens müssen wir mitteilen, dass wir unseren Ehemann, Vater und Großvater nach langer Krankheit verloren haben“, hieß es in der Mitteilung. Er sei friedlich im Kreise der Familie gestorben. St John war 1961 für die damalige Rekordsumme von 37.500 Pfund vom FC Motherwell nach Anfield gewechselt und war in seiner ersten Saison mit den von Bill Shankly trainierten Reds aufgestiegen. Von 1961 bis 1971 absolvierte St John 425 Spiele im roten Trikot und erzielte 118 Tore für Liverpool. Mit ihm gewann das Team zweimal die englische Meisterschaft und einmal den FA Cup. Für die Nationalmannschaft Schottlands lief St John 21 Mal auf.

Chris Barber (90)



London - Der britische Jazz-Posaunist Chris Barber ist gestorben. Das bestätigte die Plattenfirma Last Music am Mittwoch unter Berufung auf seine Witwe. Der an Demenz erkrankte Musiker starb demnach bereits am Dienstag. Barber wurde 90 Jahre alt. Erst 2019 hatte sich Barber von seiner aktiven Rolle aus dem Musikgeschäft zurückgezogen, nachdem er beinahe 70 Jahre lang an der Spitze verschiedener Bands gestanden hatte. Das Label würdigte ihn als eine der führenden Figuren im europäischen Jazz. Er habe der Musikrichtung nach dem Zweiten Weltkrieg wieder zu Aufmerksamkeit verholfen, hieß es in der Mitteilung.

Bunny Wailer (73)



Kingston - Der berühmte jamaikanische Reggae-Musiker Bunny Wailer ist tot. Der Sänger, Songschreiber und Perkussionist, der mit bürgerlichem Namen

Neville O'Riley Livingston hieß, starb am Dienstag im Alter von 73 Jahren in einem Krankenhaus in der jamaikanischen Hauptstadt Kingston, wie die Kulturministerin des Karibikstaates, Olivia Grange, mitteilte. Die Todesursache wurde zunächst nicht genannt. Livingston hatte Medienberichten zufolge in den vergangenen drei Jahren zwei Schlaganfälle erlitten. Gemeinsam mit Reggae-Legende Bob Marley und Peter Tosh hatte er in den 1960er Jahren die Gruppe Bob Marley and The Wailers gegründet. Marley und Livingston lernten sich bereits als Kinder kennen und wurden Halbbrüder - Marleys Mutter und Livingstons Vater hatten zusammen eine Tochter.

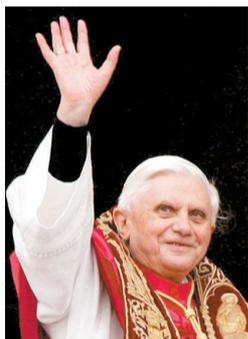
Die Band spielte eine wichtige Rolle bei der Popularisierung des damals neuen jamaikanischen Musikstils Reggae auf der Karibikinsel und der ganzen Welt. Bunny Wailer stieg allerdings 1973, kurz vor dem großen internationalen Durchbruch, aus, weil geplante Auftritte in Subkultur-Clubs in den USA aus seiner Sicht gegen seinen Rastafari-Glauben verstießen. Er hatte fortan eine lange Solokarriere, in deren Verlauf er drei Grammys erhielt. „Heute ist der letzte noch lebende Wailer verstorben“, schrieb Grange. „Was Bunny Wailer, als einer der Pioniere und Fahnenträger der Musik unseres Landes, für den Reggae getan hat, lebt weiter.“

(dpa)

Leute von Heute

PAPST BENEDIKT XVI. (93),

emeritierter Papst, hält das Gerede von zwei im Vatikan aktiven Päpsten für Unfug. „Es gibt keine zwei Päpste. Der Papst ist nur einer (...)\", sagte der 93-Jährige acht Jahre nach seinem Rücktritt in einem am Montag veröffentlichten Gespräch. Zugleich unterstrich er in der italienischen Zeitung „Corriere della Sera“: „Es war eine schwierige Entscheidung. Aber ich habe sie bewusst getroffen, und ich denke, ich habe das richtig gemacht.“ Der als Joseph Ratzinger in Bayern geborene Benedikt hatte Ende Februar 2013 sein Amt als katholisches Kirchenoberhaupt aufgegeben. Knapp zwei Wochen später trat Papst Franziskus aus Argentinien seine Nachfolge an. Benedikt lebt weiter im Vatikan, im Kloster Mater Ecclesiae.



Knapp zwei Wochen später trat Papst Franziskus aus Argentinien seine Nachfolge an. Benedikt lebt weiter im Vatikan, im Kloster Mater Ecclesiae.

ALICE COOPER (73), Rockstar, schlägt auf der Bühne gerne harte Töne an - privat gefällt er sich aber in der Rolle des sanftmütigen Großvaters. „Daheim bin ich ein echter Softie“, sagte der 73-Jährige im Interview der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ (WAZ/Sonntag). Er liebe es, seine kleine Enkeltochter im Arm zu halten und durchs Haus zu tragen. „Ich weiß jetzt schon, dass ich meiner Enkelin niemals einen Wunsch abschlagen können werde. Ich werde sie sehr verwöhnen, so wie alle meine Enkel.“ Besonders gefällt ihm, dass er als Großvater nicht so streng sein muss und die Erziehung eher den Eltern überlassen kann. Als Vater war er in dieser Hinsicht noch etwas anders. „Die eigenen Kinder erzieht man natürlich mehr.“

PAUL RUSESABAGINA (66), dem wegen Terrorismus angeklagten Held des Films „Hotel Ruanda“, darf in dem ostafrikanischen Land der Prozess gemacht werden. Das entschied der Richter in Ruanda am vergangenen Freitag. Der ehemalige Hotelmanager Paul Rusesabagina muss sich unter anderem wegen der Gründung einer bewaffneten Gruppe und Mitgliedschaft einer Terrorgruppe verantworten. Beim Prozessauftakt hatten seine Anwälte argumentiert, dass Rusesabagina belgischer und nicht ruandischer Staatsbürger sei - und nach Belgien ausgeliefert werden sollte. Die Richter in Kigali entschieden, dass die Zuständigkeiten für den Fall

in Ruanda liegen. Rusesabagina wurde durch den Hollywood-Film „Hotel Ruanda“ bekannt. Darin wird erzählt, wie der Hotelmanager während des Völkermords in Ruanda 1994 etwa 1200 Menschen das Leben rettete. Damals wurden mehr als 800.000 Angehörige der Bevölkerungsgruppen Tutsi und Hutu getötet. Später wurde Rusesabagina zu einem scharfen Kritiker des ruandischen Präsidenten Paul Kagame und ging ins Exil nach Belgien. Rusesabagina leitete im Exil die oppositionelle Ruandische Bewegung für Demokratischen Wandel (MRCO). Er sagte, dass er den bewaffneten Flügel, die Nationale Befreiungsfront (FLN), mitgegründet habe. Diese hat tödliche Angriffe in Ruanda für sich beansprucht.

KAYLEIGH MCENANY (32), frühere Pressesprecherin des Weißen Hauses, geht zum rechtskonservativen US-Sender Fox News. „Es ist mir heute eine besondere Freude, Kayleigh McEnany in der Fox-Familie willkommen zu heißen. Wir werden in Zukunft noch viel mehr von ihr sehen“, sagte Fox-Moderatorin Harris Faulkner am Dienstag (Ortszeit). Die 32-jährige McEnany soll laut CNN als politische Kommentatorin bei Fox auftreten. Der damalige US-Präsident Donald Trump hatte McEnany im April 2020 zu seiner Sprecherin gemacht. Wenig später hatte McEnany bei einer Pressekonferenz Reportern zugesagt: „Ich werde Sie nie anlügen, darauf haben Sie mein Wort.“ McEnany war Trumps vierte Sprecherin nach Sean Spicer, Sarah Huckabee Sanders und Stephanie Grisham. Mehrfach war ihr vorgeworfen worden, nicht die Wahrheit zu sagen. Die „Washington Post“ etwa lastete McEnany an, in ihrer Amtszeit Trumps Lügen und Unwahrheiten wiederholt und entschuldigt zu haben.

JUAN CARLOS (83), ehemaliger spanischer König, hat zur Abwendung eines Strafverfahrens wegen Steuerhinterziehung mehr als vier Millionen Euro an den Fiskus gezahlt. Juan Carlos habe die Nachzahlung freiwillig getätigt und knapp 4,4 Millionen „einschließlich Verzugszinsen und Zuschlägen“ überwiesen, ließ Anwalt Javier Sánchez-Junco in einem Kommuniké an die Zeitung „El País“ und an andere Medien in Spanien wissen. Die konservative und gewöhnlich gut informierte Zeitung „El Mundo“ schrieb, enge Freunde des Altkönigs hätten ihm das Geld geliehen. Ministerpräsident Pedro Sánchez sagte in einer ersten Reaktion, er lehne „wie die meisten Spanier das unsoziale Verhalten“ von Juan Carlos „zutiefst ab“. Es gehe in diesem Fall aber nicht um die Institution des Könighauses, sondern um eine Person, betonte er. (dpa)

Leserbriefe

Eine unendliche Geschichte Weinstadt / Deutschland

Das Wort „Sozialversicherungsabkommen“ besteht aus 27 Buchstaben. Ein typisches Beispiel für das, was in der Schulgrammatik ein zusammengesetztes Hauptwort heißt. Eine Eigenschaft der deutschen Sprache, die in anderen Sprachen so nicht existiert. Auf Spanisch heißt so etwas „Convenio de Reciprocidad en Materia de Seguridad social“. Dieser Titel besteht aus 8 Wörtern mit insgesamt 48 Buchstaben und 7 Leerstellen. Simultanübersetzer können ein Leid darüber singen, wie schwer es ist, die spanische Übersetzung für einen solchen Begriff in derselben Zeit auszusprechen, in der er in der deutschen Sprache vorgetragen wird.

Noch viel, aber viel länger als der Begriff - egal in welcher Sprache - ist die Historie hinter dem Nicht-Zustandekommen eines „Sozialversicherungsabkommens“ zwischen der Republik Argentinien und der Bundesrepublik Deutschland. Aber: Wozu taugt überhaupt so ein Abkommen? Es ist wichtig für diejenigen Menschen, deren (Berufs-) Leben sich auf die beiden Länder aufteilt. Nur wenn es so ein Abkommen gibt, werden die Arbeitszeiten im anderen Land z.B. auf die Rentenzeiten angerechnet. Und wenn das mangels „Sozialversicherungsabkommen“ nicht erfolgt, kann man u.U. nicht in Rente gehen: weder in Deutschland noch in Argentinien. Dazu sollte man wissen, dass schätzungsweise 1.000.000 Nachkommen von Deutschen in Argentinien leben, in Deutschland wiederum rund 15.000 Argentinier leben. Fälle von Menschen, die dringend so ein „Sozialversicherungsabkommen“ bräuchten, sind mehr als genug bekannt.

Argentinien hat Sozialversicherungsabkommen mit Ländern wie Spanien, Italien, Brasilien, USA etc. Deutschland mit den EU-Ländern, Brasilien oder Chile. Aber nicht mit Argentinien. Und es war nicht die Politik, sondern die Betroffenen, die aktiv geworden sind: Anträge wurden gestellt, Petitionen beim Bundestag eingereicht, etc. etc. Das begann vor über 20 Jahren. Leider hat das die Regieren-

den wenig interessiert, es gab andere Prioritäten. Bis 2011 endlich Bewegung in die Sache kam. Es wurde eine Verhandlungsrunde zusammengestellt, Vertreter vom „Ministerio de Trabajo, Empleo y Seguridad Social“ und vom „Bundesministerium für Arbeit und Soziales“ tagten im Wechsel zwischen Argentinien und Deutschland. Ein Vertrag war praktisch unterschriftsreif, und sehr groß war die Enttäuschung bei den Betroffenen, als 2014 - kurz vor der Unterschrift - plötzlich die Verhandlungen unterbrochen wurden: Die deutsche Seite forderte eine „Direktzahlung“, die argentinische Seite machte einen Rückzieher.

Da hilft die Erkenntnis auch nicht weiter, dass es bei der Direktzahlung um Bankkosten von jährlich 84.000 € handelt. Das ist nämlich schätzungsweise weniger als die Reisekosten der Delegationen, die den Vertrag ausgehandelt haben. Und seither hat sich nichts mehr getan. Da hat es auch nicht geholfen, dass 2016 - anlässlich des Besuchs des argentinischen Präsidenten Mauricio Macri in Berlin - eine Absichtserklärung unterzeichnet wurde: Die Verhandlungen sollten wieder aufgenommen werden. Aber Papier ist ja bekanntermaßen geduldig, und die, die die Absichtserklärung unterschrieben haben, sehen sich nicht bemüht, sich um das Thema zu kümmern. In den Ministerien gibt es andere Prioritäten. Vielleicht erreicht diese Nachricht auch einen Verantwortlichen, der die Dringlichkeit erkennt und bereit ist, das Heft in die Hand zu nehmen, den Vertrag zum Abschluss zu bringen und einen Schlusstrich unter einen unhaltbaren Zustand zu ziehen.

Das neue Jahr 2021 startet mit neuen Vorsätzen und einem erneuten Versuch. Mit der Unterstützung von Persönlichkeiten wie Frau Cornelia Schmidt-Liermann (Mitglied im CARI, der Argentinische Rat für Internationale Beziehungen) und Abgesandten beider Botschaften in Berlin und Buenos Aires. Die Betroffenen hoffen, dass es endlich klappt!

Federico Buehler
Argentinischer Kreis
Baden-Württemberg

Der „Tag der Frau“

Es gibt Gedenktage, die man nicht „feiern“ sollte, wie man es in es in Argentinien nennt, wo es besser wäre, statt den 8. März zu „zelebrieren“ darüber nachzudenken, wie es mit dem Leben einer Frau aussieht. Es ist zwecklos, Vergleiche mit anderen Ländern anzustellen, andere Länder haben andere Gesetze, andere Gewohnheiten. Bei uns erfahren wir täglich, dass immer mehr Frauen und junge Mädchen bedroht, angegriffen oder umgebracht werden. Allein im März 2020 waren es 180; die Pandemie mit der langen Quarantäne hat dann das Ihrige getan, um die Zahl der Todesfälle zu erhöhen.

Es genügt nicht, dass die Regierung immer mehr „Ausschüsse“ mit hochtönenden Namen bildet, immer mehr Personen engagiert, wenn diese Leute nicht richtig ausgebildet sind. Auch sollten Ärzte und Psychologen untersuchen, warum die Männer so violent geworden sind: Pandemie? Verlust des Arbeitsplatzes? Das seit zwölf Monaten bestehende enge Zusammenleben auf knappem Raum? Es gibt bestimmt viele Spezialisten, die auf diesen Gebieten helfen könnten.

Was man braucht, ist mehr Empathie und weniger Bürokratie.

Marion